



Presseschau vom 11.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren. In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt. Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur. Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen

Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Die Grünen 2022: Erst Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, jetzt Ölförderung im Wattenmeer**

Die Grünen gelten gemeinhin als pazifistische und vor allem umweltbewusste Partei. Derzeit überraschen Politiker wie Wähler jedoch mit aktiven Unterstützungen ehemaliger Tabu-Themen. Im jüngsten Fall wollen die schleswig-holsteinischen Grünen zuvor bekämpfte Ölförderungen im Wattenmeer genehmigen. ...

<https://kurz.rt.com/2yk7> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: **Die Ukraine, die Deutschen und der Faschismus. Von einer wechselseitigen Beziehung**

Deutschland liefert der Ukraine Waffen und schweres Gerät. Deutschland ist bereit, für sein Ziel der Ausdehnung von Einfluss die Ukrainer zu opfern. Es geht um den Kampf gegen den Russen, das Slawische, um etwas, das tief in die deutsche Kultur eingeschrieben ist. ...

<https://kurz.rt.com/2yk9> bzw. [hier](#)

Karin Leukefeld: **Die Not der Syrer ist das Ergebnis falscher Politik**

Wenn natürliche Ressourcen zur Waffe werden, wird das Leben eine humanitäre Krise. Und wenn dann die EU den Geber gibt, ist jede Hilfe mit Sicherheit mit einem Pferdefuß versehen. Das bestätigte sich auch bei den jüngsten Erklärungen zu Syrien wieder. ...

<https://kurz.rt.com/2yky> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: **Der westliche Scheinriese und die Sanktionen**

Monatelang und sorgfältig seien die Sanktionen gegen Russland vorbereitet worden, erklärten Wirtschaftsminister Robert Habeck und selbst Bundeskanzler Olaf Scholz. Wie kann es dann sein, dass sich der Westen derart selbst ein Bein gestellt hat? ...

<https://kurz.rt.com/2ykv> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **"Waffen von höchster Qualität" - Onyx-Raketen, hochpräzise und schwer abzufangen**

Mit Onyx-Raketen wurden während der russischen Spezialoperation in der Ukraine bereits Hangars mit unbemannten Luftfahrzeugen Bayraktar TB2 zerstört, sowie Lenkwaffen und Munition, die aus den USA und europäischen Ländern angeliefert wurden. ...

<https://kurz.rt.com/2yfn> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: **Kleine Atempause trotz Verwirrung um verbotene Fahnen und Lieder im Dreiviertelakt**

Bei der insgesamt friedlichen Feier im Treptower Park am Tag des Sieges kam es doch zu der einen oder andern seltsamen Szene. Eine allzu gründlich erstellte Liste von Verboten führt nun einmal zu Verwirrungen. Kranz mit oder ohne Fähnchen? Und an welchem Takt erkennt man ein "Kriegslied"? ...

<https://kurz.rt.com/2yl6> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:04 de.rt.com: **Bas fordert schnellen EU-Beitritt der Ukraine**

Nach ihrer Ukraine-Reise hat Bundestagspräsidentin Bärbel Bas in mehreren

Fernsehauftreten am Wochenende und am Montag gefordert, die Ukraine schnell in die EU aufzunehmen. Olaf Scholz und Emmanuel Macron denken an eine "erweiterte Gemeinschaft" der EU mit der Ukraine.

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas hat sich nach ihrer Rückkehr aus der Ukraine für einen baldigen EU-Beitritt des osteuropäischen Landes ausgesprochen. Im ZDF sagte die SPD-Politikerin am Montagabend, sie hoffe anders als Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, "dass es nicht Jahrzehnte braucht". Natürlich warteten auch andere Länder auf eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Verfahren und Zeitpläne müssten aber so beschleunigt werden, dass eine "echte Perspektive" für die Ukraine daraus werde. Bas hatte am Wochenende Kiew besucht. Dem Sender RTL sagte sie, Präsident Wladimir Selenskij wünsche sich einen beschleunigten EU-Beitritt seines Landes. Die EU-Kommission will im Juni beurteilen, ob die Ukraine offizieller EU-Beitrittskandidat werden kann. Bei einer positiven Entscheidung bräuchte es noch die Zustimmung aller EU-Staaten. Erst dann könnten Beitrittsverhandlungen beginnen.

Selenskij erklärte am Montagabend, er hoffe, dass der Ukraine schon im Juni der Status eines Beitrittskandidaten zuerkannt werde.

Dagegen hat Macron am selben Tag Hoffnungen auf einen schnellen EU-Beitritt der Ukraine gedämpft. Das Verfahren könne "Jahrzehnte" dauern, sagte der französische Präsident in einer Rede im Europaparlament in Straßburg. Stattdessen plädierte er für eine verstärkte Zusammenarbeit mit Kiew.

Auch andere Politiker und Experten äußerten wiederholt Zweifel, dass die von Korruption gezeichnete, hoch verschuldete Ukraine, deren Wirtschaft derzeit ein Zusammenbruch prognostiziert wird, in absehbarer Zeit für eine EU-Mitgliedschaft ohne jährlichen Zuschussbedarf von mehreren Dutzend Milliarden Euro, für den andere Mitgliedsländer dauerhaft aufkommen müssten, bereit sein wird.

Macron weilte am Montag zum Antrittsbesuch seiner zweiten Amtszeit in Berlin. In diesem Zusammenhang stimmte Bundeskanzler Scholz dessen Vorschlag zu, der Ukraine statt einer baldigen EU-Mitgliedschaft eine "vertiefte Zusammenarbeit" unter der Bezeichnung "erweiterte Gemeinschaft" anzubieten. Die vorgeschlagene neue Gemeinschaft könne "einen neuen Raum für politische Zusammenarbeit, Sicherheit und Kooperation ermöglichen", sagte Macron. Frankreich zählt zu den Ländern, die einer Erweiterung der EU zuletzt skeptisch gegenüberstanden.

Die Ukraine hat am 28. Februar des laufenden Jahres ihre Aufnahme in die Europäische Union beantragt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627a9413b480cc521a1e4083.jpg>

vormittags:

6:15 de.rt.com: Russischer Diplomat zeigt von Selenskij gepostetes Nazi-Bild – Sky News bricht Interview sofort ab

Eine Sendung im britischen TV-Kanal "Sky News" wurde laut dem russischen Diplomaten Dmitri Poljanski beendet, nachdem dieser ein Bild mit einem Nazi-Symbol gezeigt hatte, das der ukrainische Staatschef Wladimir Selenskij auf seinem Telegram-Kanal gepostet und wieder gelöscht hatte.

Dmitri Poljanski, der stellvertretende UN-Botschafter Russlands, hat erklärt, der britische Fernsehsender Sky News habe ein [Interview](#) mit ihm abrupt beendet, nachdem er ein Foto mit einem Nazi-Symbol gezeigt habe, das der ukrainische Präsident zuvor gepostet hatte.

Wladimir Selenskij hatte das [Bild](#) am Montag, dem "Tag des Sieges" der Sowjetunion über Adolf Hitlers Deutschland im Zweiten Weltkrieg, unter anderem auf seinem offiziellen Telegram-Kanal veröffentlicht. Der russische Diplomat schrieb am Montag auf Telegram: "Die Reaktion des Moderators? Er beendete schnell das Gespräch und murmelte, dass unsere Zeit, wie sich herausstellte, plötzlich abgelaufen sei und dass 'Sky News' diese Information nicht überprüfen könne."

Er ergänzte:

"So viel zur Redefreiheit im Westen ... Sie brauchen die Wahrheit nicht! Von nun an werden sie hundertmal nachdenken, bevor sie russische Diplomaten in eine Live-Sendung einladen!" Im Interview mit Sky News wurde Poljanski unter anderem gefragt, ob er zustimme, dass die russischen Truppen in der Ukraine "ihre Großväter, die gegen die Nazis gekämpft haben, entehren" und dass ihre Aktionen "den Faschismus widerspiegeln".

Poljanski bezeichnete diese Behauptung als "blasphemisch". Er fügte hinzu, es sei "absolut katastrophal und schamlos, was das Vereinigte Königreich gerade tut und alles vergisst, wofür wir gekämpft haben".

Dann holte der russische Diplomat ein Tablet hervor und zeigte den Screenshot eines inzwischen gelöschten Beitrags des ukrainischen Präsidenten in den sozialen Medien. Am "Tag des Sieges", am 9. Mai, hatte Selenskij ein Foto eines ukrainischen Kämpfers mit einem Totenkopf-Abzeichen veröffentlicht, das im Zweiten Weltkrieg von einer deutschen SS-Eliteeinheit getragen worden war. Als der Moderator etwas einwenden wollte, sagte Poljanski: "Unterbrechen Sie mich nicht, Sir, bitte." Er fuhr fort und stellte die Frage:

"Wissen Sie, dass diese 'Totenkopf'-Division zu Beginn des Zweiten Weltkriegs für die Ermordung von 100 Briten in Frankreich verantwortlich war?"

Das bedeute also, so Poljanski weiter, dass das Vereinigte Königreich "jetzt ukrainische Behörden unterstützt, die am 'Tag des Sieges' Nazi-Symbole zeigen. Und diese Nazi-Symbole wurden von denselben Regimentern verwendet, die britische Menschen getötet haben. Ist das nicht ein bisschen seltsam?"

Daraufhin sagte der Moderator dann, die Zeit sei abgelaufen, und beendete das Interview. Er fügte hinzu, dass der Sender die Behauptungen Poljanskis nicht unabhängig überprüfen konnte.

Das Bild des Kämpfers mit dem Totenkopf-Abzeichen der 3. SS-Panzerdivision war auch vom ukrainischen Verteidigungsministerium auf dem Kurznachrichtendienst Twitter veröffentlicht worden und wurde später ebenfalls gelöscht.

`<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456253610&hash=6c6dcef4654c7c4f" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>`

https://vk.com/video-134310637_456253610

Moskau hatte schon früher erklärt, die russischen Truppen hätten während der Militäroperation in der Ukraine Kämpfer mit Nazi-Tätowierungen und -Abzeichen gefangengenommen. Laut mehreren Berichten gibt es im ukrainischen Asow-Bataillon Kämpfer mit offen neonazistischen Ansichten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627a697fb480cc4d8c521b63.jpg>

7:00 de.rt.com: **Borrell: Die EU kann kein Vermittler zwischen Russland und der Ukraine sein**

Brüssel kann bei den Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine nicht vermitteln. Diese Meinung vertrat der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell in einem am Dienstagabend in der [Frankfurter Allgemeinen Zeitung](#) veröffentlichten Interview. Auf die Frage, wer die Vermittlerrolle übernehmen könnte, antwortete er: "Nicht wir. Das würden die Russen nicht akzeptieren, so wie wir Russland nicht als Vermittler akzeptieren würden. China geht auch nicht, da sie zur russischen Seite neigen. Die Türkei macht da einen ganz guten Job. Die hat gute Beziehungen zu beiden Seiten. Am besten wären natürlich die Vereinten Nationen."

Er betonte, dass nur die Ukraine, Russland und der Vermittler das Ergebnis der Verhandlungen bestimmen sollten. Gleichzeitig wollte sich der Diplomat selbst nicht zum möglichen Ergebnis äußern, betonte bloß:

"Es wird davon abhängen, wie stark jede Seite ist."

Gleichzeitig argumentierte Borrell, dass man sich aus einer Position der Stärke an den Verhandlungstisch setzen müsse. Die Aufgabe bestehe nun darin, die Ukraine in diese Position zu bringen. Er fügte hinzu:

"Wir werden dieses Thema auch beim G7-Außenministertreffen am Donnerstag in Weißensee besprechen, wo Deutschland gerade den Vorsitz führt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627b3b08b480cc53666b3842.jpg>

denis-pushilin.ru: **Gratulation des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin zum Tag der Republik**

Sehr geehrte Landsleute! Von ganzem Herzen gratuliere ich Ihnen zum Tag der Republik! Der Russische Donbass begeht dieses Fest als anerkannter Staat mit einem besonderen Gefühl. Zum ersten Mal feiern ohne Angst mit uns die, die in all diesen Jahren auf die Befreiung vom verbrecherischen ukrainischen Regime gewartet haben.

Acht Jahre lang konnte unser Land dem Ansturm des Neonazismus standhalten, Unabhängigkeit erlangen und wirklich ein Symbol des Triumphs der historischen Gerechtigkeit, des unbeugsamen russischen Geistes werden.

Die Einwohner der Republik haben gezeigt, wie man sein Land, seine Werte, die Wahrheit und die Zukunft verteidigen muss. Sie haben ein Beispiel an massenhaften Heldentum und Standhaftigkeit demonstriert.

Heute ist eine neue Etappe in unserem Leben – die Befreiung des Gebiets der DVR in ihren verfassungsmäßigen Grenzen. Wie die ganze Geschichte der Entstehung unseres Staates ist diese Etappe nicht einfach. Aber die Republik ist geboren, um zu siegen und wir werden unsere Ziele erreichen.

Uns erwartet eine friedliche Zukunft. Gemeinsam mit Russland werden wir das Zerstörte wiederaufbauen, unser Land noch besser machen.

Zum Feiertag, liebe Freunde! Frieden, Glück und Wohlergehen!

Denis Puschilin, Oberhaupt der Donezker Volksrepublik

7:35 de.rt.com: **Russische Botschaft: Moskau ist zum Dialog mit Washington über Cybersicherheit bereit**

Die russische Botschaft in den USA hat die Behauptungen des US-Außenministeriums, Moskau sei in Cyberangriffe auf kritische Infrastruktureinrichtungen in der Ukraine verwickelt, als absurd bezeichnet. Die diplomatische Vertretung betonte aber, dass Russland zu einem gleichberechtigten, professionellen und nicht politisierten Dialog mit den USA über Informationssicherheit bereit sei. In einer veröffentlichten Stellungnahme heißt es:

"Die Erklärung des Außenministeriums über die angebliche Beteiligung Russlands an Cyberangriffen auf kritische Infrastrukturen in der Ukraine hat Aufmerksamkeit erregt. Solche Behauptungen sind absurd und haben mit der Realität nichts zu tun. Unser Land hat sich nie an einer Cyber-Aggression beteiligt. Dies widerspricht der prinzipiellen Position Russlands."

"Wir verpflichten uns, die Informations- und Kommunikationstechnologien ausschließlich zum Nutzen der Entwicklung der globalen Gemeinschaft einzusetzen."

Die Botschaft betonte, dass die Russische Föderation "zu einem gleichberechtigten, professionellen und nicht politisierten Dialog mit den Vereinigten Staaten über ein breites Spektrum aktueller Fragen der Informationssicherheit bereit ist".

"Wir halten Kanäle für die praktische Zusammenarbeit offen. Unsere US-Kollegen sind sich dessen bewusst."

8:37 (7:37) novorosinform.org: **Der Gastransit durch die Ukraine wird um ein Drittel reduziert**

"Gazprom" bereitet sich darauf vor, die Gaslieferungen nach der Erklärung der ukrainischen Seite zu reduzieren.

Ab heute könnte der Transit von russischem Gas durch die Gasverteilungsstation Sochranowka (LVR-Gebiet) ausgesetzt werden, was die Lieferung von blauem Kraftstoff durch das ukrainische GTS nach Europa um etwa ein Drittel reduzieren würde, berichtet TASS.

Am Tag zuvor übergab der „Operator GTS Ukraine“ der „Gazprom“ eine Erklärung über die Einstellung des Betriebs der Gasverteilerstation an diesem Ort, da sie die Kontrolle darüber verloren habe. Das russische Unternehmen erklärt seinerseits, dass es keine Hindernisse für die Fortsetzung des Betriebs dieser GTS-Niederlassung gebe.

Während des Dialogs wurde die Möglichkeit diskutiert, den Gasfluss durch die größte Gasverteilungsstation Sudscha in der Region Kursk zu erhöhen, wozu Gazprom erklärte, dass dies aufgrund technologischer Probleme nicht möglich sei. Darüber hinaus sei das Thema Verteilung von Gasmengen in bestehenden Verträgen mit der ukrainischen Seite, die Kiew bekannt ist, geregelt.



https://www.novorosinform.org/content/images/42/07/44207_720x405.jpg

8:46 (7:46) novorosinform.org: **Überreste der Streitkräfte der Ukraine in Rubishnoje blockiert**

Der Assistent des Chefs von Tschetschenien für den Sicherheitsbereich Apty Alaudinow gab den Vormarsch der alliierten Streitkräfte in Richtung Lugansk bekannt.

Die Überreste der Streitkräfte der ukrainischen Armee, die nach dem Verlassen von Rubishnoje zurückgeblieben waren, seien im Werk „Sarja“ blockiert worden. Apty Alaudinow, Assistent des Oberhauptes der Tschetschenischen Republik für den Sicherheitsbereich, sagte dies während eines Gesprächs mit Reportern, [berichtet](#) RIA Novosti. Es sei darauf hingewiesen, dass das Oberhaupt Tschetscheniens, Ramsan Kadyrov, zuvor den Beginn einer groß angelegten Offensive entlang der gesamten Frontlinie in der LVR angekündigt hatte - vom Werk „Sarja“ bis zum Dorf Woewodowka.

"Im Wesentlichen waren wir all die Tage damit beschäftigt, das Werk ‚Sarja‘ zu blockieren. Wir hatten die Aufgabe, das Gelände von der linken Flanke des Werks ‚Sarja‘ bis Kudrjaschowka von den Befestigungen und Feuerstellungen zu räumen, damit wir den Feind

nicht in unserem Rücken lassen. Wir haben diese Aufgabe bereits abgeschlossen, unsere Kräfte und Mittel haben das Werk ‚Sarja‘ praktisch blockiert", erklärte Alaudinow. Er stellte auch fest, dass die Operation mit Unterstützung der LVR-Streitkräfte durchgeführt wird. Zum jetzigen Zeitpunkt hätten die Alliierten bereits das Dorf Wojewodowka auf diesem Frontabschnitt erreicht.



https://www.novorosinform.org/content/images/42/08/44208_720x405.jpg

8:04 de.rt.com: "**Politico**"-Bericht: EU will sich für Ukraine verschulden

Laut einem Bericht der Zeitung "Politico" soll Brüssel eine Anleihe-Emission in Höhe von 15 Milliarden Euro zur Finanzierung ukrainischer Staatsausgaben erwägen. Laut Kiew belaufe sich sein monatlicher finanzieller Bedarf auf fünf Milliarden Euro.

Die Europäische Union (EU) plane, die laufenden Ausgaben der Regierung in Kiew für mindestens drei Monate zu finanzieren, heißt es in einem Bericht der Europa-Ausgabe von Politico am Montag. Das Magazin, das für seine Berichterstattung über die EU bekannt ist, beruft sich dabei auf Aussagen mehrerer namentlich nicht genannter Diplomaten. Die 15 Milliarden Euro würden demnach durch eine neue Anleihe-Emission nach dem Modell der COVID-19-Hilfen aufgebracht.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hatte dem Internationalen Währungsfonds (IWF) mitgeteilt, dass er monatlich sieben Milliarden US-Dollar benötige, um Gehälter, Renten und andere Staatsausgaben zu finanzieren. Die USA hätten demnach zugesagt, ein Drittel dieser Summe für die nächsten drei Monate bereitzustellen. Die EU wolle die Differenz mit speziellen Anleihen ausgleichen, berichtet [Politico](#).

Die Europäische Kommission soll laut einer Quelle von Politico die Botschafter der Mitgliedsländer am Freitag über den Plan informiert haben. Demnach sieht der Plan die Ausgabe von Anleihen mit Garantien der EU-Mitgliedstaaten vor.

Die Regelung ist nach dem Vorbild von [SURE](#) konzipiert, einem EU-Programm, mit dem 100 Milliarden Euro an Hilfen für EU-Bürger aufgebracht wurden, die wegen der verhängten Lockdowns im Zuge der COVID-19-Situation ihren Arbeitsplatz verloren hatten. Diese Schulden wurden dann in Form von Anleihen mit einer Laufzeit von fünf bis 30 Jahren verbrieft. "Wann immer es ein Problem mit Geld gibt, heißt es SURE!", zitierte Politico einen Diplomaten.

Der Plan könnte bereits am 18. Mai vorgestellt werden, und mindestens drei Länder – unter ihnen Österreich, Deutschland und Griechenland – hätten nach alternativen Optionen gefragt, so die Quelle weiter. Angeblich erhofften sie sich, dass auch Nicht-EU-Länder wie Japan, Norwegen und das Vereinigte Königreich "einen Beitrag leisten", sodass die EU eine geringere Schuldenlast zu tragen habe. Frankreich soll außerdem vorgeschlagen haben, dass die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder das Problem auf einem Gipfeltreffen Ende Mai erörtern.

Unterdessen hat der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell eine weitere Option zur Finanzierung

des Wiederaufbaus der Ukraine [vorgeschlagen](#): die Beschlagnahmung der russischen Devisenreserven, die derzeit aufgrund von EU-Sanktionen eingefroren sind. Borrell verwies dabei auf das Beispiel Washingtons, das die Gelder der afghanischen Zentralbank beschlagnahmt hatte, nachdem sich die USA aus Afghanistan zurückgezogen und die Taliban die Macht übernommen hatten. Es sei "voller Logik", russische Vermögenswerte auf die gleiche Weise zu verwenden, sagte Borrell in einem am Montag veröffentlichten Interview mit der Financial Times.

Im Februar hatte US-Präsident Joe Biden die Hälfte des bei US-Finanzinstituten gelagerten Vermögens der afghanischen Zentralbank in Höhe von sieben Milliarden US-Dollar mit der Begründung beschlagnahmt, das Geld würde für die Entschädigung der Opfer der Terroranschläge vom 11. September 2001 verwendet. Die andere Hälfte solle "dem afghanischen Volk und der Zukunft Afghanistans zugutekommen", wobei jedoch nicht präzisiert wurde, auf welche Weise.

Die US-Zeitung New York Times bezeichnete den Schritt als "höchst ungewöhnlich", die Taliban prangerten ihn als Diebstahl an, und selbst der ehemalige von den USA unterstützte Präsident Afghanistans, Hamid Karzai, nannte ihn "ungerecht und unfair und eine Gräueltat am afghanischen Volk".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627a5569b480cc7e01532d83.jpg>

8:05 de.rt.com: **US-Repräsentantenhaus bewilligt weitere Milliarden US-Dollar für die Ukraine**

Am Dienstag hat das US-Repräsentantenhaus einen Gesetzentwurf über zusätzliche Hilfen für die Ukraine in Höhe von rund 40 Milliarden US-Dollar gebilligt. Der Gesetzentwurf wird nun dem Senat im US-Kongress zur Prüfung vorgelegt. Chuck Schumer, der Mehrheitsführer der Demokratischen Partei im Senat, hatte zuvor versprochen, so bald wie möglich eine Abstimmung über die Initiative zu organisieren. Falls das Oberhaus zustimmt, wird die Gesetzesvorlage US-Präsident Joe Biden zur Unterschrift vorgelegt.

Das Dokument sieht die Bereitstellung von Mitteln für militärische, wirtschaftliche und humanitäre Hilfe für Kiew vor. Darüber hinaus sollen 3,9 Milliarden US-Dollar für die Verstärkung der US-Truppen in Europa bereitgestellt werden.

Wie zu erwarten hat das Weiße Haus die Annahme der Initiative durch das Repräsentantenhaus begrüßt. Jen Psaki, die Pressesprecherin des US-Präsidenten, erklärte: "Die zusätzlichen Mittel, die in diesem Gesetzentwurf enthalten sind, werden es uns ermöglichen, mehr Waffen wie Artillerie, gepanzerte Fahrzeuge und Munition in die Ukraine zu schicken. Sie werden uns auch dabei helfen, unsere Waffenarsenale aufzufüllen und die US-Truppen in den NATO-Ländern zu unterstützen."

9:22 (8:22) novorosinform.org: **Putin gratulierte dem Volk der DVR zum Tag der**

Republik

In einem Telegramm an Denis Puschilin erklärte der russische Präsident die Unausweichlichkeit eines gemeinsamen Sieges.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat anlässlich der Feierlichkeiten zum achten Jahrestag der Unabhängigkeit der Republik ein Telegramm an den Staatschef der DVR Denis Puschilin gesandt, berichtet die [Website](#) des Kremls.

„Vor acht Jahren hat sich das Volk der DVR für die staatliche Unabhängigkeit entschieden. Heute kämpfen wir gemeinsam dafür, dass die Bürger der Republik ihr gesetzliches Recht auf ein freies und friedliches Leben im Einklang mit ihrer uralten Kultur und ihren spirituellen Traditionen ausüben können, in Freundschaft mit dem brüderlichen Russland“, heißt es im Glückwunschtelegramm.

Abschließend äußerte der Präsident seine Zuversicht, dass es dank der gemeinsamen Bemühungen Russlands und der DVR möglich sei, die aufkommenden Schwierigkeiten zu überwinden und den anhaltenden Konflikt mit der Ukraine zu gewinnen.



https://www.novorosinform.org/content/images/42/11/44211_720x405.jpg

8:40 de.rt.com: **Botschafter der LVR: Ukraine unterbindet alle Möglichkeiten für einen Frieden**

Die Ukraine schließe alle Möglichkeiten für einen Friedensschluss aus. Darauf wies der Botschafter der Volksrepublik Lugansk in Russland Rodion Miroshnik in einem Interview mit der Nachrichtenagentur RIA Nowosti hin. Er hob hervor:

"Die Ukraine erklärt selbst der Russischen Föderation, dass sie nicht an Friedensverhandlungen und der Einstellung der Feindseligkeiten interessiert ist."

Miroshnik betonte, dass Kiew auch bei den Minsker Gesprächen die gleiche Position vertreten habe – nur in verschleierter Form.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627b4af548fbef0c426c3fbc.jpg>

9:30 de.rt.com: **Kaliningrad: Anhänger des Rechten Sektors wegen Vorbereitung eines Anschlags am Tag des Sieges festgenommen**

Der Föderale Sicherheitsdienst (FSB) hat in Kaliningrad einen Anhänger des Rechten Sektors, einer in Russland verbotenen ukrainischen Rechtsextremistenorganisation, festgenommen. Er soll einen Terroranschlag auf russische Soldaten am Tag des Sieges vorbereitet haben. Dies teilte das Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit des FSB laut [TASS](#) am Mittwoch mit.

Nach Angaben des Sonderdienstes plante der Verdächtige nach Begehung der terroristischen Handlung die Ausreise in die Ukraine, um an militärischen Aktionen gegen die russischen Streitkräfte teilzunehmen.

Die FSB-Beamten beschlagnahmten bei dem Verhafteten einen selbstgebauten Sprengsatz und Utensilien mit Symbolen des Rechten Sektors. Gegen ihn wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 11.5.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 135 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 222mm-Mehrfachraketenwerfern BM27 „Uragan“, 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starben zwei Zivilisten und 10 wurden verletzt**. 20 Wohnhäuser und 12 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Nationalisten hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 35 ukrainische Nationalisten, 2 Schützenpanzer, einen Panzer, 2 122mm-Artilleriegeschütze 2S1 „Gwosdika“, 2 Panzerfahrzeuge und 5 Lastwagen vernichtet. 2 Schützenpanzer, ein Artilleriegeschütz 2S1 „Gwosdika“, 3 120mm-Mörser und 3 Lastwagen mit Munition wurden erbeutet.

9:55 de.rt.com: **Senator: Aus der Ukraine nach 2014 geflüchtete Politiker kehren in die**

befreiten Gebiete zurück

Ukrainische Politiker, die das Land nach dem Putsch in Kiew im Jahr 2014 aufgrund von Verfolgung verlassen haben, kehren in die von den russischen Streitkräften befreiten Gebiete zurück und beteiligen sich an den örtlichen zivil-militärischen Verwaltungen – den temporären lokalen Regierungseinheiten vor Ort. Darauf wies ein Mitglied des Ausschusses für internationale Angelegenheiten des russischen Föderationsrates, Sergei Zekow, gegenüber [TASS](#) hin. Der Politiker sagte der Nachrichtenagentur:

"Eine Reihe von Politikern, die 2014 gezwungen waren, die von den russischen Streitkräften nun befreiten Gebiete der Ukraine zu verlassen, weil sie wegen ihres Glaubens und ihrer Ansichten verfolgt wurden, sind zurückgekehrt und gehören jetzt den zivil-militärischen Verwaltungen an. Sie sind sehr aktiv. Sie sind Menschen mit Ideen, die die lokalen Gegebenheiten kennen. Sie sind bereit, sich für das Wohlergehen dieser Gebiete einzusetzen."

Zekow fügte hinzu, dass sich Vertreter lokaler ziviler Organisationen immer stärker am Aufbau eines friedlichen Lebens vor Ort beteiligen.

Der russische Senator wies darauf hin, dass Spezialisten aus ehemaligen ukrainischen Regionen bereit seien, in den befreiten Gebieten zu arbeiten:

"Die Rede ist von Menschen von der Krim, aber auch von Bürgern der Volksrepubliken Donezk und Lugansk."

"Ich glaube, das Wichtigste ist, den Einwohnern dieser Gebiete klarzumachen, dass die ukrainischen Nazis dorthin nicht zurückkehren werden. Wenn sich die Einsicht durchsetzt, dass diese Gebiete nicht aufgegeben und geschützt werden, dann wird sich meiner Meinung nach alles sehr aktiv entwickeln."



https://phototass3.cdnvideo.ru/width/1020_b9261fa1/tass/m2/uploads/i/20220511/6741267.jpg

10:03 de.rt.com: **Peking: National Endowment for Democracy ist "zweite CIA"**

Die chinesische Regierung veröffentlichte eine umfassende Dokumentation zu der vom US-Kongress finanzierten Stiftung "National Endowment for Democracy". China wirft der Stiftung "NED" vor, für zahlreiche subversive Aktivitäten verantwortlich zu sein.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Zhao Lijian hat am Montag auf einer Pressekonferenz die US-amerikanische Stiftung "National Endowment for Democracy" (NED) als "zweite CIA" bezeichnet, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua meldete. Zudem warf er der Stiftung vor, ihre Anweisungen direkt von der US-Regierung zu erhalten sowie Nichtregierungsorganisationen durch die Bereitstellung von Geldern zu manipulieren, um Subversion, Infiltration und Sabotage im Dienste von US-Interessen durchzuführen.

Zuvor hatte das chinesische Außenministerium eine Faktenübersicht über NED im Umfang von 12.000 Wörtern veröffentlicht, die als Untermauerung für die Anschuldigungen hunderte Beispiele bringt, die aus öffentlich zugänglichen Quellen gesammelt wurde, wie Zhao erklärte.

Die Vereinigten Staaten hätten demnach solche "Demokratie" seit Langem als Werkzeug und Waffe benutzt, um echte demokratische Strukturen im Namen der angeblichen Demokratie zu untergraben, um Spaltung und Konfrontation zu schüren und sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Das habe katastrophale Folgen. Zhao sagte zudem:

"Die NED als eines der wichtigsten (Instrumente) der US-Regierung hat legitime Regierungen unterwandert und unter dem Vorwand der Demokratie US-freundliche Marionettenkräfte aufgebaut."

Die NED stecke hinter den von den Vereinigten Staaten angezettelten und inszenierten Farbenrevolutionen und weiteren Regime-Change-Operationen, einschließlich des Zerfalls der Sowjetunion, der Rosenrevolution in Georgien, der Orange Revolution in der Ukraine und des Arabischen Frühlings, so Zhao. Er fügte hinzu, dass die NED Proteste und Demonstrationen in Thailand angezettelt, die Oppositionsparteien in Nicaragua zur gewaltsamen Machtübernahme angestiftet, kubafeindliche Kräfte finanziert habe, um die öffentliche Stimmung gegen die Regierung zu manipulieren, und sich seit Langem mit verschiedenen Mitteln in die inneren Angelegenheiten Venezuelas einmische. Zhao bekräftigte:

"Die NED ist wild entschlossen, die Welt zu stören, und hat anderen Ländern weder soziale Stabilität und Entwicklung noch ein zufriedenes Leben und gute Arbeit gebracht. Im Gegenteil, sie hat eine Vielzahl von Problemen verursacht, darunter verkümmerte Existenzen, eine schwächelnde Wirtschaft und soziale Konfrontation."

Die US-Stiftung organisiere auch gegen China gerichtete Tätigkeiten und investiere deshalb jedes Jahr in großem Umfang in Anti-China-Programme, um mit verschiedenen Mitteln zur "Unabhängigkeit von Xinjiang", "Unabhängigkeit von Hongkong" und "Unabhängigkeit von Tibet" aufzurufen, so der chinesische Diplomat, der ergänzte:

"Sie arbeitet auch mit Kräften zusammen, die sich für die Unabhängigkeit Taiwans einsetzen, und versucht, die Spaltung der Taiwanstraße voranzutreiben und die Stabilität auf beiden Seiten der Straße zu stören, was beim chinesischen Volk auf beiden Seiten der Straße auf Empörung und Widerstand stößt."

Zhao wies darauf hin, dass die NED in Wahrheit die "zweite CIA" der Vereinigten Staaten sei und keineswegs, wie oft lanciert wird, eine Nichtregierungsorganisation, die die Demokratie im Ausland unterstütze. Der Sprecher erklärte dazu:

"Wir glauben, dass die internationale Gemeinschaft ihr (der NED) wahres Gesicht immer deutlicher sehen wird, und dass mehr Länder ihre hässliche 'Erfolgsbilanz' in verschiedenen Formen aufdecken werden."

Zhao verwies darauf, dass Frieden und Entwicklung die Haupttendenzen unserer Zeit seien und dass diejenigen, die sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischten, zum Scheitern verurteilt seien, egal unter welchem Deckmantel sie auftreten werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627a311248fbef0eb10cedbf.jpeg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 11.05.2022**
Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

5 Mann;

1 Panzer;

1 Schützenpanzerwagen;

3 Fahrzeuge.

Ein Soldat der ukrainischen Streitkräfte traf die richtige Entscheidung, legte die Waffen nieder und rettete so sein Leben.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt weiter zivile Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keinerlei Gefahr für den Gegner darstellt und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 20 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ **auf Solotoje-5** abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurde ein Wohnhaus beschädigt.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben die Einheiten der Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Dank Mitarbeitern von Radio- und Fernsehsendern und Vertretern des Kommunikationsministeriums der LVR und der RF wurden gestern 11 Fernsehsenderobjekte repariert, was es erlaubt, die Bürger der Republik mit einem stabilen Signal zu versorgen und es den Einwohnern der von Kiew kontrollierten Territorien erlaubt, die Wahrheit über den Verlauf der Spezialoperation zu erfahren.

10:20 de.rt.com: **Wegen Energiekrise: Inflation in Deutschland auch im April über sieben Prozent**

Der starke Anstieg der Energiepreise infolge des Ukraine-Krieges treibt die Inflationsrate in der Bundesrepublik weiter in die Höhe. Im April lagen die Verbraucherpreise um 7,4 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Das Statistische Bundesamt [bestätigte](#) damit am Mittwoch eine erste Schätzung. Es war der höchste Stand seit der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990. In den alten Bundesländern gab es zuletzt im Herbst 1981 eine ähnlich hohe Rate infolge des Ersten Golfkriegs zwischen dem Irak und Iran.

Im April verteuerte sich die Energie gegenüber dem Vorjahresmonat um 35,3 Prozent. Die Preise für leichtes Heizöl verdoppelten sich nahezu (plus 98,6 Prozent). Auch für Benzin (plus

38,5 Prozent) und Erdgas (plus 47,5 Prozent) mussten Verbraucher deutlich mehr zahlen. Überdurchschnittlich nahmen im April auch die Nahrungsmittelkosten zu (plus 8,6 Prozent). Im März war die jährliche Teuerungsrate bereits auf 7,3 Prozent geschnellt. Von März auf April stiegen die Verbraucherpreise den Angaben zufolge um 0,8 Prozent. Nach Einschätzung von Ökonomen müssen sich die Menschen in Deutschland vorerst weiter auf hohe Teuerungsraten einstellen. Für das Gesamtjahr 2022 rechneten Volkswirte zuletzt mit einer durchschnittlichen Teuerungsrate von mehr als sechs Prozent, dem höchsten Wert seit 1990.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627b8fcc48fbef559e380e4e.jpg>

11:32 (10:32) novorosinform.org: **Die Ukraine wird nicht mehr mit Drohnen "Bayraktar" versorgt**

Türkische Bayraktar-Drohnen haben ihre Unwirksamkeit gegenüber russischen Luftverteidigungssystemen gezeigt. Die Türkei plant vor diesem Hintergrund einen Lieferstopp.

Angriffsdrohnen "Bayraktar" erwiesen sich als unfähig, gegen russische Luftverteidigungssysteme zu bestehen, weshalb die Türkei beschloss, den Export solcher Ausrüstung in die Ukraine einzustellen.

Die türkische Seite selbst bestreitet die Ineffizienz ihrer Ausrüstung und gibt an, Lieferungen wegen "schlechtem Einsatz von Drohnen durch das Kontrollzentrum der ukrainischen Streitkräfte aufgrund des Mangels an geschultem Personal in der Ukraine" einzustellen.

"Die Bewertung und der Preis von ‚Bayraktars‘ sind sofort weltweit gesunken. Bayraktars haben in Karabach oder irgendwo in Afrika gute Leistungen erbracht, aber wenn sie auf eine gute Luftverteidigung stoßen, sinkt ihre Effizienz auf fast Null, was sich auf den Preis und die Nachfrage auswirkt", - schreibt der Telegram-Kanal „Pridnestrowiez“.



https://www.novorosinform.org/content/images/42/22/44222_720x405.jpg

11:39 (10:39) novorosinform.org: **Ausländische Söldner verlassen enttäuscht die Ukraine**

Etwa 70 Prozent der von den Kiewer Behörden angeheuerten Söldner seien bereits zurückgekehrt, berichtete der britische Söldner Matthew Robinson.

Viele der ausländischen Söldner verließen die Ukraine überstürzt, enttäuscht von den Entscheidungen der ukrainischen Kommandeure, was zu schweren Verlusten unter den Truppen führe. Zudem klagten Söldner häufig darüber, dass sie auf "Selbstmörder"-Missionen geschickt werden, sagt Matthew Robinson, ein britischer Söldner der „Georgischen Nationalen Legion“.

Der Söldner erklärte, er habe erwartet, sich dem Krieg im Donbass zu stellen, aber der holte ihn unmittelbar nach dem Überqueren der polnisch-ukrainischen Grenze ein. Darüber hinaus wurde sei er mit unzulänglichen Kollegen eingesetzt worden.

„Ein Söldner aus Polen war so betrunken, dass er dachte, er würde nach Russland gebracht und versuchte, den Fahrer zu töten“, wurde Robinson auf dem Telegram-Kanal „Military“ zitiert.

Er sagte auch, dass er davon überzeugt sei, dass bei weitem nicht die erfahrensten, am besten ausgebildeten und geeignetsten Kämpfer in die Ukraine gehen würden. Danach war er nicht überrascht, dass die meisten von ihnen, zum ersten Mal unter Artilleriebeschuss, sofort davonliefen.



https://www.novorosinform.org/content/images/42/24/44224_720x405.jpg

10:45 de.rt.com: **USA liefern zweite Charge Mi-17-Hubschrauber an Ukraine**

Nach Angaben eines hochrangigen Pentagon-Beamten haben die Vereinigten Staaten am Dienstag mit der Lieferung einer zweiten Charge von Mi-17-Hubschraubern aus russischer Produktion an die Ukraine begonnen. [Berichten](#) zufolge soll es sich um elf Maschinen handeln.

Die erste Charge umfasste fünf solcher Hubschrauber. Es wird vermutet, dass es sich um die Hubschrauber handelt, die die USA einst von Russland für das afghanische Militär gekauft hatten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627b528b48fbef47ab2d7132.jpg>

11:10 de.rt.com: US-Geheimdienstchefin: Putin bereitet sich auf einen längeren Konflikt in der Ukraine vor

Die Vereinigten Staaten gehen davon aus, dass ein eventueller russischer Erfolg im Donbass wahrscheinlich nicht das Ende des Ukraine-Krieges bedeuten würde. Nach Auffassung der US-Geheimdienste mache sich der russische Staatschef auf einen längeren militärischen Konflikt in seinem Nachbarland gefasst, meinte die US-Geheimdienstkoordinatorin Avril Haines. Bei einer Anhörung vor dem US-Senat am Dienstag in Washington erklärte sie:

"Wir gehen davon aus, dass sich Präsident Putin auf einen längeren Konflikt in der Ukraine vorbereitet, in dessen Verlauf er auch Ziele jenseits des Donbass erreichen will."

Man rechne auch damit, dass sich die strategischen Ziele Putins wahrscheinlich nicht geändert hätten, fügte Haines hinzu. Die Verlagerung der russischen Streitkräfte in den Donbass sei ihr zufolge wohl nur vorübergehend.

Haines warnte außerdem vor einer Eskalation des Konflikts:

"Da sowohl Russland als auch die Ukraine glauben, dass sie militärisch weiter vorankommen können, sehen wir zumindest kurzfristig keinen gangbaren Verhandlungsweg."

Putin rechne wahrscheinlich auch damit, dass die Entschlossenheit der USA und der EU angesichts von Inflation und Lebensmittelknappheit nachlasse, so die US-Beamtin.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627b75b448fbef0c426c3fd1.jpg>

12:22 (11:22) novorosinform.org: **Die in „Asowstal“ verbliebenen Kämpfer bestätigten die Evakuierung aller Zivilisten**

Eine große Anzahl verwundeter Soldaten bleibt auf dem Territorium des Werks.

Die verbliebenen der Kämpfer von Asow und der Einheiten der Streitkräfte der Ukraine, die sich auf dem Territorium von „Asowstal“ verschanzt haben, berichteten, dass sich ab heute keine Zivilisten mehr in den Kellern des Werks befänden. Ilja Samojlenko, einer der Anführer der Kämpfer, sagte dies in einem Interview mit Sky News.

Er widersprach damit Aussagen über das Zurücklassen einiger Zivilisten, die sich möglicherweise noch auf dem Territorium des Werks aufhielten.

Samojlenko fügte hinzu, dass es auf dem Territorium von „Asowstal“ eine große Zahl von Verwundeten gebe, während die russischen Truppen ihre Offensive in diese Richtung fortsetzten.

"Die Zahl der verwundeten und toten Soldaten ist sehr hoch. Diejenigen, die im Werk sind, haben äußerst begrenzte Ressourcen, jeder Tag kann unser letzter sein", sagte Samojlenko.



https://www.novorosinform.org/content/images/42/28/44228_720x405.jpg

11:35 de.rt.com: **Pentagon: USA haben die Ukraine acht Jahre lang auf Krieg mit Russland vorbereitet**

Nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums haben die USA die ukrainische Armee

bereits seit acht Jahren auf den Krieg mit Russland vorbereitet und hierfür versorgt. So habe die Biden-Administration lange vor Beginn des militärischen Sondereinsatzes der russischen Streitkräfte in der Ukraine tödliche Waffen an Kiew geschickt, wie der Pentagon-Sprecher John Kirby im Gespräch mit dem US-Fernsehsender Fox News offenbarte. Er sagte: "Die Regierung Biden hat schon lange vor der Invasion Waffen an die Ukraine geliefert. Die erste Milliarde US-Dollar, die der US-Präsident für die Ukraine bereitstellte, beinhaltete tödliche Waffen. Und das war, bevor Putin beschloss, einzumarschieren." Die Militärhilfe habe außerdem die Ausbildung ukrainischer Soldaten umfasst, an der auch Kanada, Großbritannien und andere Verbündete beteiligt gewesen seien, ergänzte Kirby.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627b7e1348fbef559e380e39.jpg>

12:39 (11:39) novorosinform.org: **Die USA glauben nicht an den Sieg Kiews und versuchen, das gesamte Getreide außer Landes zu bringen – Wolodin**

Der Sprecher der Staatsduma sprach über die Kehrseite der Finanzhilfe für die Ukraine. Der Vorsitzende der Staatsduma der Russischen Föderation Wjatscheslaw Wolodin äußerte die Meinung, dass die ausländischen Kuratoren des gegenwärtigen Kiewer Regimes nicht mit dem Sieg der Ukraine rechneten, weshalb sie sich mehr für den Export von Getreide aus dem Land interessierten, berichtet RIA Novosti.

Laut dem Sprecher der Staatsduma seien die Vereinigten Staaten daran interessiert, die Getreidepreise zu senken, weshalb sie versuchten, diese Ressource aus den ukrainischen Lagern zu holen. Vor diesem Hintergrund sei am Mittwoch, dem 11. Mai, im Unterhaus des US-Kongresses ein Dokument über die Bereitstellung von Hilfe für die Ukraine in Höhe von fast 40 Milliarden Dollar verabschiedet worden.

„Washington will eine Hungersnot in der Ukraine arrangieren. Die Vereinigten Staaten suchen nach Möglichkeiten, Getreide aus der Ukraine zu exportieren. Biden sagte, dies sei notwendig, ‚um die Preise‘ für die Ressource zu senken“, schrieb Wolodin in seinem Telegram-Kanal.

Der Politiker betont, dass der Großteil der "Hilfe" der Vereinigten Staaten auf militärische Unterstützung gerichtet sei, die in keiner Weise die wirtschaftlichen Probleme des Landes löse, sowie Probleme von größter Bedeutung, mit denen die Bürger des Landes bald konfrontiert sein werden.

„Washington glaubt nicht an Kiews Sieg. Sie denken darüber nach, wie sie das Geld so schnell wie möglich zurückbekommen können, indem sie eine Hungersnot in der Ukraine arrangieren“, betonte Wolodin.



https://www.novorosinform.org/content/images/42/30/44230_720x405.jpg

12:55 (11:55) novorosinform.org: **Moskau profitiert vom EU-Ölembargo – Experte**

Mit dem Ende der Lieferungen von russischem Treibstoff an die Europäische Union werden in den westlichen Ländern die Energiepreise zu steigen beginnen, Russland werde davon profitieren, sagte ein Wirtschaftsbeobachter einer Schweizer Zeitung.

Wenn das Embargo für russisches Öl in ein paar Monaten in Kraft tritt, würden die Energiepreise sofort in die Höhe schnellen. Gleichzeitig werde die Russische Föderation beginnen, Öl nach Europa zu anderen, deutlich höheren Kosten zu liefern, glaubt Gerald Hosp, Wirtschaftsbeobachter der Schweizer „Neue Zürcher Zeitung“.

"Der höhere Preis kompensiert in diesem Fall die geringere Menge. Dieser Effekt wird noch extremer, wenn das Embargo langsam eingeführt wird: Der Markt reagiert bereits mit höheren Preisen, und der Ölfluss stoppt erst allmählich", zitiert „Readovka“ den europäischen Experten.

Hosp stellte auch fest, dass Moskau nach aktuellem Szenario nach dem Embargo viel mehr an Europa verdienen werde als zuvor.



https://www.novorosinform.org/content/images/42/31/44231_720x405.jpg

12:59 (11:59) novorosinform.org: **„Banale Diebe“: Medwedew kommentierte US-Zuweisung von 40 Milliarden Dollar als „Hilfe für die Ukraine“**

Die militärische Sonderoperation Russlands in der Ukraine werde trotz aller Versuche der USA, sie zu stören, bis zum Ende durchgeführt, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates Dmitri Medwedew.

Der kollektive Westen werde nicht in der Lage sein, Russland zu besiegen, egal wie viel Geld die Vereinigten Staaten für militärische Hilfe für die Ukraine bereitstellen. Medwedew schrieb darüber auf seinem Telegram-Kanal und reagierte damit auf das 40-Milliarden-Dollar-Hilfspaket, das die USA für Kiew genehmigt haben.

„Die Geldmenge ist riesig, und es wird viele Jäger geben, die es im amerikanischen militärisch-industriellen Komplex teilen. Ganz zu schweigen von den banalen Dieben auf beiden Seiten des Ozeans“, bemerkte der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates. Er stellte auch fest, dass die Vereinigten Staaten nicht in der Lage sein würden, die wirtschaftliche Entwicklung und den politischen Einfluss Russlands in der Welt einzuschränken.

"Ihre Druckerpresse wird schneller kaputtgehen, wodurch Amerika seine bereits exorbitant aufgeblähte Staatsverschuldung weiter erhöht. Ganz zu schweigen von den wahnsinnigen Preisen für Benzin und Lebensmittel, für deren Wachstum die Amerikaner ihren russophoben Behörden danken sollten", schloss der Politiker.



https://www.novorosinform.org/content/images/42/33/44233_720x405.jpg

nachmittags:

12:30 de.rt.com: **Regionalchef: Gebiet Cherson wird Wladimir Putin um Eingliederung in Russland bitten**

Die Behörden des ukrainischen Gebiets Cherson werden sich an den russischen Präsidenten Wladimir Putin mit der Bitte wenden, die Region in russisches Hoheitsgebiet aufzunehmen. Dies teilte der stellvertretende Leiter der regionalen Militär- und Zivilverwaltung Kirill Stremoussow mit. Er sagte:

"Die Stadt Cherson gehört zu Russland, es wird keine Volksrepublik Cherson auf dem Gebiet der Region Cherson entstehen, es wird keine Volksabstimmungen geben. Es wird ein einziger Erlass sein, der auf einem Antrag der Führung des Gebiets Cherson an den Präsidenten der Russischen Föderation basiert, und es wird eine Bitte geben, das Gebiet als vollwertige Region in die Russische Föderation einzugliedern."

Laut den lokalen Behörden plant die Region zudem, bis Jahresende vollständig auf die russische Gesetzgebung umzustellen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627b902848fbef0c426c3fe6.jpg>

14:09 (13:09) novorosinform.org: **„Europa liefert Waffen an Neonazis“: französischer Schriftsteller enthüllte die Wahrheit über Butscha und ukrainische Kämpfer**

Der ehemalige französische Militär und Schriftsteller Adrien Boquet, der drei Wochen in der Ukraine verbrachte, sagte, dass alle Kriegsverbrechen im Land von Neonazis und Soldaten der Streitkräfte der Ukraine begangen würden.

Der Schriftsteller Adrien Boquet erklärt, dass man Frankreich nicht die Wahrheit darüber sage, was in der Ukraine passiert. Die ganze schockierende Wahrheit werde dort absichtlich totgeschwiegen.

"Asow-Kämpfer sind überall. Mit Neonazi-Streifen. Ich bin schockiert, dass Europa Waffen an Neonazis liefert. SS-Symbole sind überall auf ihre Uniformen gestickt. Sie verbergen nicht nur ihre Ansichten nicht. Sie machen Werbung dafür", sagte Boquet in einem Interview mit Sud Radio France.

Der Autor gab an, persönlich bei der Begehung von Kriegsverbrechen anwesend gewesen zu sein. Boquet sei Zeuge geworden, wie ukrainische Militärs gefangenen russischen Soldaten durch die Knie schossen und höherrangigen Offizieren in den Kopf schossen.

„Während ich dort war, konnte ich nichts tun. Nur Videos ansehen und drehen. Ich habe dieses Filmmaterial und werde es als Beweis für die Verbrechen der Ukraine verwenden“, sagte er.

Boquet fügte hinzu, dass er persönlich Spezialisten aus den USA gesehen habe, die an der Herstellung von Fälschungen auf dem Territorium der Ukraine beteiligt seien, um Russland für die Gräueltaten verantwortlich zu machen. Ihm zufolge sind die Ereignisse in Butscha ebenfalls inszeniert.

"Butscha ist inszeniert. Die Leichen wurden von anderen Orten entfernt und absichtlich so platziert, dass ein schockierendes Bild entsteht", sagte Boquet.



https://www.novorosinform.org/content/images/42/38/44238_720x405.jpg

dnr-online.su: Denis Puschilin kommentierte die Situation in „Asowstal“ in Mariupol

„Unsere Einheiten erfüllen weiter die gestellten Aufgaben. Bezüglich der letzten Anhäufung von Neonazis, ich spreche von „Asowstal“. Nach unseren Informationen – aber das sind sehr ungefähre Daten, weil buchstäblich jeden Tag eine gewisse Zahl von Neonazis vernichtet wird – befinden sich dort etwa 1200 Personen. Einschließlich der Verletzten. Wir haben sehr viele Möglichkeiten gegeben, mit weiter Fahne herauszukommen, dass sie die Waffen niederlegen, am Leben bleiben und vor ein Gericht kommen. Andere Varianten wurden ihnen nicht angeboten und können ihnen nicht angeboten werden. Das sind Kriegsverbrecher, Neonazis. Ein Gericht muss über ihr Schicksal entscheiden.

Was die Zivilisten betrifft. Nach unseren Informationen sind dort keine Zivilisten mehr. Entsprechend haben unsere Einheiten freie Hand“, sagte das Staatsoberhaupt.

Er fügte hinzu, dass bereits ein Defizit an Munition bei den Nationalisten, die in „Asowstal“ eingeschlossen sind, festzustellen ist, aber die Menge an Waffen, die bereits vor Beginn der militärischen Spezialoperation dorthin gebracht wurde, ermöglicht es ihnen, noch Widerstand zu leisten.

14:36 (13:36) novorosinform.org: Russische Vermögenswerte auf dem Territorium der Ukraine werden vollständig an Kiew übertragen

Das Ministerkabinett der Ukraine hat ein Dokument beschlossen, nach dem das Vermögen der Russischen Föderation auf dem Territorium des Landes Kiew zur Verfügung gestellt werden soll.

Die ukrainischen Behörden haben angekündigt, dass sie die Vermögenswerte Russlands in der Ukraine in das Eigentum des Staatsunternehmens National Investment Fund überführen werden. Das teilte [TASS](#) unter Berufung auf eine entsprechende Erklärung des ukrainischen Kabinettschefs Denis Schmygal mit.

„Wir werden alles nehmen, was Russland in der Ukraine besitzt, und es verwenden, um die Armee zu stärken, die Menschen zu unterstützen und unser Land wiederherzustellen“, sagte Schmygal.

Darüber hinaus sagte er, dass das Ministerkabinett der Ukraine einen Dialog mit „westlichen Kollegen“ führen werde, um im Ausland eingefrorene russische Vermögenswerte zu erhalten.



https://www.novorosinform.org/content/images/42/39/44239_720x405.jpg

14:40 (13:40) novorosinform.org: **In der Ukraine versprach man den Russen einen "Schock" durch den Angriff der Streitkräfte der Ukraine an einem unerwarteten Ort**
Viktor Andrusiw, Berater des Innenministers der Ukraine, sagte, dass ukrainische Militärs planen, russisches Territorium zu bombardieren.

Der Berater des Innenministers der Ukraine, Viktor Andrusiw kommentierte die Befreiung von Cherson und sagte, dass die Streitkräfte der Ukraine in naher Zukunft einen Schlag versetzen würden, der das russische Volk schockieren würde. Dies wurde vom Telegram-Kanal "Klymenko Time" gemeldet.

Die Situation wird sich ändern, je nachdem, wie wir durch westliche Waffen verstärkt werden“, zitiert ihn der Sender.

Andrusiw erklärte zuvor, dass die Krimbrücke zerstört werden würde, wenn der richtige Moment dafür käme. Er bemerkte, dass die Ukraine derzeit keine Waffen habe, die die Brücke zerstören könnten.



https://www.novorosinform.org/content/images/42/40/44240_720x405.jpg

14:42 (13:42) rusvesna.su: **Dichter roter Rauch bei Kramatorsk: Ukrainische Propaganda behauptet einen „Chemieangriff in Richtung Isjum“**

Die wahnsinnige ukrainische Propaganda ist entsetzt über ihre eigenen Behauptungen, dass "die russische Armee chemische Waffen gegen die Streitkräfte der Ukraine in Richtung Isjum eingesetzt hat".

Tatsächlich besteht wegen der Kämpfe bei Kramatorsk, bei denen ein Zug mit Ammoniumnitrat explodierte, keine Gefahr für die Menschen. Aber die Ukro-Propaganda hat es bereits geschafft zu schreiben, dass die RF-Streitkräfte angeblich ukrainische Soldaten mit chemischen Waffen vergiften. Es ist bemerkenswert, dass die örtlichen Besatzungsbehörden die wahnhaften Behauptungen der ukrainischen Propagandisten widerlegten.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/p_pEjboh_oF1EJaro7nld0oi6LatF18AsFjrxGxm6oq0SWJHK36Vzr2B8j7YLqNFp-0ABjYtv9_65LkkSDVcMbJT_TMc3b85kgrPneCn4XmSahUN7OrxCrZfVxGrUcFfyydz7pZcHWg_IH-E7RFx9wLNFIXX4WyQiQHJIYpwkOrlrkpng03T0VetD1uv140TelzKZOFcavKggqefZV11ZEKtjnL7IW1U5bO3XbmeXgYvivJzdYn9eQ_La_iYGKRmtnCkgQiaNijJrSJcmP7hvgOXVbRUoX8_CFixQ1C6b8qhr-wV9UC5S35nmJMBI6IwCgwz-EAs7WxUDWgRXPBpzQ.jpg

13:50 de.rt.com: **Lawrow: Russland will keinen Krieg in Europa**

Die Agentur RIA Nowosti gibt eine [Stellungnahme](#) des russischen Außenministers Sergei Lawrow wieder, der zum wiederholten Male betont hat, Russland wolle keinen Krieg in Europa. Jedoch seien es die westlichen Länder, die ständig behaupten, dass Moskau "besiegt werden muss", so Lawrow:

"Wenn Sie über die Aussicht auf einen Krieg in Europa besorgt sind, so wollen wir das keineswegs, aber ich mache Sie darauf aufmerksam, dass es der Westen ist, der ständig darauf besteht, dass Russland in dieser Situation besiegt werden muss. Ziehen Sie daraus Ihre eigenen Schlüsse."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627baa1048fbef55a80928b2.jpg>

15:15 (14:15) novorosinform.org: **Russische Luftverteidigungskräfte haben eine ukrainische Drohne in der Region Kursk abgeschossen**

Der Gouverneur der Region, Roman Starowoit, berichtete auf seinem Telegram-Kanal, dass eine ukrainische Drohne in der Grenzzone von russischen Luftverteidigungssystemen abgeschossen wurde.

Wie Starowoit feststellte, hörten heute Anwohner der Region Kursk, die in der Grenzzone zur Ukraine leben, Explosionen, die das Geräusch der Luftverteidigung waren. Bei dem Vorfall gab es keine Verletzten oder Schäden.

„Die heute von Bewohnern des Bezirks Rylskij gemeldeten Salven standen im Zusammenhang mit der Arbeit unserer Luftverteidigung gegen eine ukrainische Drohne in der Grenzzone. Das UAV wurde abgeschossen“, schrieb der Leiter der Region.

Dies ist nicht der erste Versuch der ukrainischen Seite, eine Drohne über dem Territorium der Region Kursk zu starten, um verschiedene Provokationen durchzuführen. So schoss die russische Luftverteidigung am 25. April in der Region Kursk zwei UAVs der Streitkräfte der Ukraine ab, und am 1. Mai wurde in der Region eine Sabotage begangen, die zu einem teilweisen Einsturz einer Eisenbahnbrücke führte.



https://www.novorosinform.org/content/images/42/42/44242_720x405.jpg

14:25 de.rt.com: **Ukraine reduziert Gas-Transit deutlich**

Der russische Staatskonzern Gazprom hat das Auftragsvolumen für den Transit durch die Ukraine am Mittwoch auf 72 Millionen Kubikmeter Gas beziffert. Dies bedeutet einen deutlichen Rückgang im Vergleich zu 95,8 Millionen Kubikmetern am Vortag.

Laut Sergei Kuprijanow, dem Pressesprecher des Unternehmens, war Gazprom zuvor vom ukrainischen Netzbetreiber OGTSU unter Berufung auf "höhere Gewalt" über die Einstellung des Transits durch die Gasmessstation Sochanowka und die Verdichterstation Nowopskow, die zurzeit unter der Kontrolle russischer Streitkräfte stehen, benachrichtigt worden. Der Energiekonzern hielt dagegen, man habe "keinerlei Bestätigungen über Umstände höherer Gewalt" erhalten.

Die nun wegfallenden Lieferungen stattdessen auf den Vorschlag Kiews direkt an den Punkt Sudscha, der auf russischem Gebiet in Grenznähe zur Ukraine liegt, durchzuleiten, sei technisch nicht möglich, so der Sprecher der Holding ferner. Indessen betonte Gazprom erneut, alle seine Verpflichtungen gegenüber europäischen Kunden zu erfüllen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627ba538b480cc253d0ff5fa.jpg>

15:50 (14:50) novorosinform.org: **In der Ukraine wurde das Eigentum von Verwandten Medwedtschuks beschlagnahmt**

Ein Teil des Eigentums der Verwandten von Medwedtschuk in der Ukraine wurde auf Beschluss des Lwower Gerichts beschlagnahmt. Es wird auch über die Beschlagnahmung der Unternehmen von Taras Kosak berichtet.

Das Eigentum der Oppositionsabgeordneten der Ukraine Viktor Medwedtschuk, Taras Kosak und ihrer Angehörigen wurde auf Antrag des staatlichen Ermittlungsbüros des Landes beschlagnahmt. Das teilt [TASS](#) mit Verweis auf die Veröffentlichungen der Behörde mit.

„Das Bezirksgericht Lytschakowskij in Lwow hat dem Antrag der Ermittler auf Beschlagnahme von beweglichem und unbeweglichem Eigentum der Unternehmen von Verwandten der Abgeordneten der ‚Oppositionsplattform – Für das Leben‘ stattgegeben“, zitiert TASS die Erklärung von der offiziellen Website des Staatlichen Ermittlungsbüros.

Die Publikation weist auch darauf hin, dass das beschlagnahmte Eigentum auf 2,64 Mio. USD geschätzt werde. Die Sanktionsliste umfasse drei Grundstücke, 11 Nichtwohngebäude, darunter im Zentrum von Lwow, und 126 Autos.

Darüber hinaus gab das Ermittlungsbüro bekannt, dass beabsichtigt sei, diese Immobilien der Nationalen Management Agentur zur Verfügung zu stellen.



https://www.novorosinform.org/content/images/42/47/44247_720x405.jpg

14:55 de.rt.com: **Lawrow: Dutzende Schiffe mit Weizen in ukrainischen Häfen blockiert**

Die ukrainische Regierung hat zahlreiche Frachtschiffe, darunter auch solche mit Lebensmittelgütern, in ukrainischen Häfen blockiert. Dies erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow während seines Besuchs im Oman. Er sagte: "Die Kiewer Behörden lassen Dutzende von Frachtern nicht aus ihren Häfen auslaufen, darunter auch Schiffe, die Weizen in verschiedene Regionen der Welt liefern sollen. Und sie haben sogar die Ausgänge dieser Häfen vermint, so dass diese Schiffe nicht auslaufen können."

Lawrow verwies auf die wiederholten Bemühungen Moskaus, diese Schiffe durch humanitäre Korridore abzuführen. Auf die entsprechenden Vorschläge gehe die ukrainische Seite jedoch nicht ein, während die "westlichen Herren Kiews" die Situation ignorieren würden, betonte der Diplomat.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627bb36d48fbef559e380e85.jpg>

15:20 de.rt.com: **Kremlsprecher Peskow: Frage der Mitgliedschaft der Region Cherson in der Russischen Föderation ist Sache der Einwohner**

Die Entscheidung, Russland um die Eingliederung der – nördlich der Krim gelegenen, strategisch bedeutsamen – Region Cherson in die Russische Föderation zu bitten, sollte von den Bewohnern dieser Region getroffen werden. Das erklärte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, wie russische Nachrichtenagenturen – so unter anderem auch Interfax – vermeldeten.

Während Peskows Gespräch mit Journalisten am Mittwoch erinnerten Medienvertreter den Pressesprecher an eine Erklärung des Vize-Chefs der ukrainischen Region Cherson, Kirill Stremoussow. Dieser hatte gesagt, die Führung der Region beabsichtige, den russischen Präsidenten um den territorialen Anschluss an Russland zu bitten. Peskow wurde gefragt, ob Russland bereit sei, das Gebiet aufzunehmen, wenn die regionalen Behörden ein solches Ersuchen an die russische Führung richten würden. Er antwortete:

"Ob es einen solchen Aufruf gibt oder nicht, sollten die Bewohner der Region Cherson selbst entscheiden. Und es liegt auch an der Bevölkerung der Oblast Cherson, über ihr Schicksal zu entscheiden. Und natürlich ist dies eine Angelegenheit, die eindeutig und gründlich von Juristen und Rechtsgelehrten geprüft und bewertet werden sollte. Denn natürlich sollten solche folgenschweren Entscheidungen eine absolut klare Rechtsgrundlage, eine Rechtfertigung haben und absolut legitim sein, so wie es im Fall der Krim der Fall war."

Der Pressesprecher wurde schließlich auch gefragt, ob der Kreml der Meinung sei, dass ein Referendum in diesem Fall der richtige Weg sei, um das Problem zu lösen.

"Ich habe gesagt, was ich sagen wollte. Ich habe nichts über ein Referendum gesagt", entgegnete Peskow daraufhin.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627bb71948fbef559e380e8f.jpg>

15:50 de.rt.com: **Ukrainer werden in Deutschland bereits an "Panzerhaubitze 2000" ausgebildet**

Wie die dpa meldet, hat die Bundeswehr am heutigen Mittwoch mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten an der "Panzerhaubitze 2000" begonnen.

Geplant sei, bis zu 18 Besatzungen auszubilden, teilte das Verteidigungsministerium in Berlin – bezeichnenderweise auf Twitter – mit. Soldaten, Techniker und Helfer aus der Ukraine waren am 10. Mai in einem Flugzeug der Bundeswehr aus Polen kommend in Rheinland-Pfalz gelandet.

Sie nehmen nun an der Einweisung bei der Artillerieschule der Bundeswehr in Idar-Oberstein teil. Zur "Verteidigung" gegen den russischen "Angriff" wollen Deutschland und die Niederlande der Ukraine insgesamt zwölf Panzerhaubitzen übergeben, davon sieben aus Deutschland, wie es heißt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627bbcc648fbef69f81e7809.jpg>

16:35 de.rt.com: **Gebiet Cherson: Kaserne und Waffendepot im Schulgebäude geräumt**

Wie das russische crowdfinanzierte Reporter-Netzwerk WarGonzo berichtet, wurde in der Region Cherson ein Ausbildungstützpunkt der ukrainischen Streitkräfte von russischen Spezialeinheiten entdeckt und geräumt.

Laut einem Video, das offenbar einer der Kämpfer mit einer GoPro-Kamera aufgenommen hat, befand sich der Stützpunkt in einem örtlichen Schulinternat und wurde durch eine Aufklärungsdrohne entdeckt.

Das Schulgebäude beherbergte eine Kaserne und ein Hauptquartier. In der Turnhalle hatte das

Militär ein Munitionsdepot eingerichtet. In den anderen Klassenräumen lagen Reste der Militärausrüstung herum sowie nationalistische Symbole. Vorort wurde auch ein westliches Lehrbuch zur urbanen Kriegsführung gefunden.

Die Ukraine und der Westen haben Russland wiederholt vorgeworfen, Bildungseinrichtungen und Krankenhäuser zu beschließen. Wie sich aber oft nachweisen lässt, wird die zivile Infrastruktur vom ukrainischen Militär für militärische Zwecke missbraucht. Die Region Cherson war von der Ukraine fast kampflös übergeben worden. Die Zonen im Westen und Norden grenzen aber nach wie vor an umkämpftes Gebiet.

In der Hauptstadt der Region und anderen befreiten Städten der Südukraine fanden am Montag Massenmärsche anlässlich der Feierlichkeiten zum Tag des Sieges am 9. Mai statt – RT DE [berichtete](#). Diese waren von der Kiewer Regierung lange Zeit verboten worden. Am Mittwoch teilte der stellvertretende Leiter der regionalen Militär- und Zivilverwaltung mit, dass Cherson eine Angliederung an das russische Staatsgebiet anstrebe.

17:21 de.rt.com: **Israel: Russischer Botschafter verlässt aus Protest Knesset-Gedenksitzung zum 9. Mai**

Der Streit um den Ukraine-Krieg zwischen Russland und Israel reißt nicht ab. Der russische Botschafter in Israel verließ am Dienstag eine Knesset-Veranstaltung zum Tag des Sieges, nachdem einige Abgeordnete Moskau für seine Militäroperation in der Ukraine scharf kritisiert hatten.

Zwischen Russland und Israel ging es in der letzten Woche heftig zur Sache. Auslöser war der in einem italienischen Fernsehsender gezogene Vergleich des russischen Außenministers Sergei Lawrow zwischen Wladimir Selenskij und Adolf Hitler, womit er vor Nazi-Elementen in der Ukraine warnte. "Ich glaube, dass auch Hitler jüdisches Blut hatte. Einige der schlimmsten Antisemiten waren Juden", sagte Lawrow.

Die Lage zwischen Moskau und Tel Aviv entschärfte sich, nachdem der russische Präsident Wladimir Putin mit dem israelischen Premierminister Naftali Bennett telefonierte hatte. Laut Darstellung der israelischen Regierung soll sich Putin bei Israel für Lawrows Äußerungen entschuldigt haben. Der Kreml erwähnte das "Sorry" in seiner Mitteilung über das Telefonat allerdings nicht.

Der Streit um den Ukraine-Krieg zwischen Israel und Russland reißt aber nicht ab. Die Spannungen wurden am Dienstag erneut deutlich, als der russische Botschafter in Israel, Anatoli Wiktorow, Berichten zufolge die Knesset-Gedenksitzung zum 9. Mai aus Protest verließ, nachdem einige Abgeordnete Russland "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" in der Ukraine vorgeworfen hatten.

Gleich zu Beginn der Sitzung sagte Gilad Kariv von der Arbeitspartei, es sei unmöglich, den Tag des Sieges "ohne einen besorgten Blick und einen lautstarken Protest gegen Russlands militärische Aktivitäten auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine" zu begehen. Er warf Russland "Kriegsverbrechen" in der Ukraine vor.

Yisrael Eichler, Abgeordneter in der Knesset für die Allianz "Vereinigtes Thora-Judentum", verschärfte die Vorwürfe gegen den Kreml, indem er Russlands Militäroperation in der Ukraine mit dem von Nazideutschland geführten Krieg verglich. Er sagte, der übliche Refrain von "nie wieder" habe sich als falsch erwiesen, da "Russland in die Ukraine einmarschierte". Diesem Vorwurf schlossen sich mehrere weitere Abgeordnete an, von denen einige in der Ukraine geboren wurden. So etwa der ehemalige Knessetsprecher Yuli Edelstein (Likud), der Russland beschuldigte, den Tag des Sieges "zynisch auszunutzen", um dessen gegenwärtige "Aggression" zu rechtfertigen.

Der russische Botschafter Wiktorow verließ daraufhin abrupt den Saal. Um einen Kommentar gebeten, sagte eine Sprecherin der russischen Botschaft in Tel Aviv gegenüber Times of Israel, dass Wiktorows Abgang "rein organisatorischer Natur" gewesen sei und er seinen nächsten Termin nicht verpassen wollte. Das Nachrichtenportal N12 zitierte jedoch Quellen in der

Knesset, denen zufolge der Botschafter scharfe Worte für die israelischen Abgeordnete fand, als er aus dem Gebäude herausging.

Israel, der engste Verbündete der USA, hat sich bislang weder den Sanktionen des Westens gegen Russland angeschlossen, noch wie andere westliche Partner Waffen in die Ukraine geliefert. Dahinter steckt taktisches Kalkül: Israel ist vom Wohlwollen Moskaus abhängig, da man die eigene Handlungsfreiheit im benachbarten Syrien nicht gefährden will. Dort kontrollieren russische Truppen den Luftraum und nach der israelischen Darstellung tolerieren die Russen, dass Israel regelmäßig mutmaßliche iranische Stellungen auf syrischem Boden bombardiert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627b99b5b480cc253d0ff5e8.jpg>

abends:

18:24 de.rt.com: **Lawrow in Oman: "Westen kann seinen Bürgern nun erklären, warum sie für Öl mehr zahlen müssen"**

Russlands Außenminister Sergei Lawrow ist in das Sultanat Oman gereist. Nach Gesprächen mit seinem Amtskollegen erklärte Lawrow, dass sich der Ölstaat an die OPEC+-Absprachen mit Moskau halten werde. Die Sanktionen seien das Problem jener Staaten, die diese verhängt hätten.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow ist zu Gesprächen mit dem Sultan von Oman, Haitham bin Tariq Al Said, in den Oman gereist. Im Vorfeld der Gespräche mit dem omanischen Staatsoberhaupt traf sich Lawrow mit seinem Amtskollegen, dem Außenminister des Landes, Sayyid Badr Bin Hamad Bin Hamood Al Busaidi.

Bei dem Treffen erklärte Lawrow, dass Russland genug Abnehmer für seine Energieressourcen habe und der Westen nun viel mehr für seine Energie bezahlen müsse. Und er müsse dies seiner Bevölkerung erklären. Lawrow sagte:

"Wir haben genügend Abnehmer für unsere Energieressourcen, und wir werden mit ihnen zusammenarbeiten. Der Westen soll viel mehr zahlen, als er an die Russische Föderation gezahlt hat, und er soll seiner Bevölkerung erklären, warum sie ärmer werden soll."

Der omanische Außenminister versicherte seinerseits, dass sein Land sich weiterhin an alle früheren Vereinbarungen halte, die mit Russland im Rahmen der OPEC+ getroffen wurden. Er hob hervor:

"Es gibt keinen Druck, aber es werden zahlreiche Forderungen gestellt, auch an unser Land."

"Wir halten uns an die bereits getroffenen Vereinbarungen, auch im Rahmen der OPEC+, der wir zusammen mit Russland angehören, und werden uns in dieser Frage weiterhin eng abstimmen."

"Was die Sanktionen betrifft, so überlasse ich die Frage der Sanktionen den Ländern, die die Sanktionen gegen Russland verhängt haben."

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456253650&hash=8a13b0e394869680" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>
https://vk.com/video-134310637_456253650

18:30 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium veröffentlicht neue Daten über US-Biolabore und Experimente an Ukrainern**

Die Agentur RIA Nowosti [meldet](#), dass das russische Verteidigungsministerium neue Informationen über Experimente in biologischen US-Laboren in der Ukraine erhalten habe, so Igor Kirillow, Leiter der Strahlen-, chemischen und biologischen Schutztruppen der russischen Streitkräfte. Der General erklärte:

"Wir haben neue Informationen erhalten, die Details über die unmenschlichen Experimente des Pentagon an ukrainischen Bürgern im Psychiatrischen Krankenhaus Nr. 1 (Dorf Streletschje, Region Charkow) enthüllen. Die Hauptkategorie der Probanden war eine Gruppe männlicher Patienten im Alter von 40 bis 60 Jahren mit einem hohen Grad an körperlicher Erschöpfung."

Die Spezialisten, die die biologische Forschung durchführten, seien über Drittländer eingereist, um ihre Zugehörigkeit zu den USA zu verschleiern. So zeigte Kirillow ein Foto der in Florida geborenen Linda Oporto, die direkt an diesen Arbeiten beteiligt war.

Das russische Verteidigungsministerium kam zu dem Schluss, dass die Ukraine in der Tat zum Testgelände des Pentagon für die Entwicklung biologischer Waffenkomponenten und die Erprobung neuer Arzneimittelmuster wurde.

Die Behörde [bestätigte](#), dass nichtstaatliche Stiftungen, die die Demokratische Partei in den USA unterstützen, und große Pharmaunternehmen, darunter Pfizer, Moderna, Merck und Gilead, an dem System beteiligt waren. Kirillow betonte:

"Amerikanische Experten arbeiten daran, neue Medikamente unter Umgehung internationaler Sicherheitsstandards zu testen. Infolgedessen können westliche Unternehmen die Kosten für Forschungsprogramme erheblich senken und sich einen erheblichen Wettbewerbsvorteil verschaffen."

Darüber hinaus waren auch staatliche ukrainische Stellen an diesem Programm beteiligt, die illegale Aktivitäten verbargen, Feldversuche und klinische Studien durchführten und das erforderliche Biomaterial bereitstellten.



<https://cdn4.telegram-cdn.org/file/CXYaEsfF1->

[1gXvdKy0oXWd5qhKhTce5SegNXNO1ZTj6UiCYpm1esORCbXLPa09dStnisd9ev3jWfxTwVfgZW56Ue5BX04yrutlaP4BPRvHwPL7BKlr_S1ndSKuSDEvPzJdvvM2b09dLLOtiOozxKrURlZqxnHdyvl8tjUC2zwlxa9ixvxRrrK1SzLJVj3Z6pMADEG1Cpk_TuV_e_KS71fo5vdHqy0fOeEYayoptNLc24Tmxz8J0gTb5_LiYKq9d9FEX7XPzYfKR3ue5keRhaX8gjNT5xdDQnYEFaSPMhM4uro_2mAPq7-H1WstDj-04Kgrg1cij41BVP0FAKIYx7w.jpg](https://www.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627bbb9248fbef17c97e26ae.jpg)

19:14 de.rt.com: **Wegen Putin-Nähe: Tschechische Stadt Budweis erkennt Ehrenbürgerschaft für erste Frau im Weltall ab**

Walentina Tereschkowa, die erste Frau im Weltall, verliert die Ehrenbürgerschaft der tschechischen Stadt Budweis. Grund der Aberkennung: die russische Spezialoperation in der Ukraine und Tereschkowas Verbindung zum Präsidenten Wladimir Putin.

Laut der Online-Zeitung Budějcká Drbna stimmten 32 von 41 Abgeordneten des Stadtrates bei der Sitzung am 9. Mai dafür, Tereschkowa die Ehrenbürgerschaft abzuerkennen. Die 85-Jährige hatte die entsprechende Auszeichnung im Jahr 1979 für ihren Flug ins All verliehen bekommen. Wegen "Verbindungen zu den Ereignissen in der Ukraine" und der Nähe zum russischen Präsidenten wurde ihr der Titel nun weggenommen. In den vergangenen Jahren versuchte man immer wieder, ihr diese Auszeichnung zu entziehen, was jedoch bisher nicht gelang.

Obwohl der Beschluss mehrheitlich gefasst wurde, entbrannte im Stadtrat eine heftige Debatte. Der Vorsitzende der Bewegung Bürger für Budějovice, Jan Kubeš, rief dazu auf, die Institution der Ehrenbürgerschaft nicht zu politisieren, und erinnerte daran, warum Tereschkowa den Titel erhalten hatte: "Ich verstehe die Haltung einiger Kollegen, denn die Lage in der Ukraine ist äußerst kritisch, und ich billige sie nicht, aber meiner Meinung nach haben wir kein Recht, auf diese Weise Vergeltung für das zu üben, was in der Ukraine geschieht. Meiner Meinung nach haben wir kein Mandat dafür."

"Wir erkennen ihre Leistungen an, aber sie hat durch ihr Verhalten ihre Ehre verloren. Was sie mit dem Rest der Duma macht, entspricht nicht meinen Vorstellungen von ehrenhaftem Verhalten", konterte die Vertreterin der Partei Piráti, Zuzana Kudláčková.

Die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft Tereschkowas ist ein Teil des politischen Kreuzzuges der tschechischen Staatsmänner: Ebenfalls am 9. Mai wurde dem sowjetischen Marschall Konew, der Prag von den Nazis befreit hatte, der Titel eines Ehrenbürgers aberkannt. All diese Entscheidungen seien ein "hysterischer Versuch, die Geschichte umzuschreiben", meinte Ondřej Prokop, Vorsitzender der oppositionellen Bewegung ANO.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627bbb9248fbef17c97e26ae.jpg>

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 11.5.22
Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 235 Artillerie- und**

Mörsergeschosse mit 222mm-Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“, 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ sowie 122mm-Rohrartillerie **abgefeuert**. Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression starb ein Zivilist und 9 wurden verletzt. 15 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zu den Fällen zum Tod von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Nationalisten hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 18 ukrainische Nationalisten, eine Feuerposition für Haubitzen D-30, einen Panzer, ein Abwehrgeschütz SU-30, einen Schützenpanzer und 2 Panzerfahrzeuge vernichtet. Ein Panzer, ein Schützenpanzer, 2 Panzerfahrzeuge und 2 Lastwagen wurden erbeutet. Außerdem haben 3 Soldaten der 95. Luftsturmbrigade und 2 Soldaten der 25. Luftlandebrigade freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden 2 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starb und 10 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten zu einem Vorbild für zukünftige Generationen werden.

Am 8. März führte eine Gruppe zur Feuerleitung des Artilleriefeuers bestehend aus Leutnant Wladislaw Alexandrowitsch Iwanzow und Oberfeldwebel Jaroslaw Sergejewitsch Sereda bei der Befreiung von Nowotroizkoje von ukrainischen Nationalisten eine Kampfaufgabe zur Unterstützung einer Sturmgruppe der 1. Abteilung der Volksmiliz aus. Unter stürmischem Feuer des Gegners führten sie sachkundig und organisiert die Übergabe von Daten über die Lage der Kräfte des Gegners und die Leitung des Artilleriefeuers aus, dank dessen wurden 3 Mörserzüge, eine Mannschaft eines Antipanzergrenatwerfers, eine Mannschaft eines automatischen Granatwerfers, 3 Mehrfachraketenwerfer „Grad“, 2 Schützenpanzerwagen, 2 Schützenpanzer, ein Panzer und bis zu einer Kompanie Personal des Gegners vernichtet, was ein sicheres Vordringen unserer Truppen gewährleistete.

20:55 de.rt.com: **Habeck in der Bredouille: Katar will Verträge über 20 Jahre für Lieferung von Flüssiggas**

Ganz so kompliziert hatte sich das Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck nicht vorgestellt: Die geplante Hauruck-Umstellung von russischem Erdgas auf katarisches Flüssiggas droht nicht nur deutlich teuer zu werden, auch die langen Vertragslaufzeiten torpedieren die "Klimaziele" der Bundesregierung.

Die "Ampel"-Koalition in Berlin will Deutschland so schnell wie möglich von russischem Gas unabhängig machen, berichtet das RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Aber die Verhandlungen mit dem möglichen Vertragspartner aus Katar gestalten sich offenbar schwierig. Parallel wächst auch der Widerstand von Umweltschützern gegen den Bau der Terminals an der Küste zum Anlanden von verflüssigtem Erdgas (LNG) deutlich.

Bei den Gesprächen mit Offiziellen aus Katar gebe es Differenzen über die Laufzeiten der Verträge zur Lieferung von LNG, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters. Diese Frage stehe in engem Zusammenhang mit den Klimazielen der Bundesregierung. Die Verantwortlichen des Emirats bestehen offenbar auf Abnahmegarantien für mindestens 20 Jahre.

Bis zum Jahr 2042 plant die Bundesregierung jedoch so gut wie klimaneutral zu wirtschaften,

darunter fällt auch, der Ausstieg auch aus der Nutzung von Erdgas. Der bekannte Umwelt- und Klimaökonom Ottmar Edenhofer hatte kürzlich betont, dass Erdgas daher nur noch für eine Zeitspanne von zehn Jahren in Frage komme.

Ein weiterer umstrittener Punkt soll der Preis sein. Bei lange laufenden Energielieferverträgen wird festgelegt, was als Maßstab für die Berechnung herangezogen wird.

Reuters berichtet, dass Katar darauf bestehe, dass der Preis an den Markt für Rohöl gekoppelt werde. Die deutsche Seite wolle sich hingegen an der Benchmark für europäisches Erdgas (Dutch TTF) orientieren. Falls zukünftig der Bezugspreis für Öl in den nächsten Jahren fallen könnte, müsste vertraglich dennoch das Gas abgenommen werden, das teurer ist als gleichwertiger Brennstoff, der auf dem europäischen Markt ist.

Weiterhin wollen die Katarer erreichen, dass das an Deutschland gelieferte Gas nicht an andere Länder weitergegeben werden darf, doch die EU-Kommission lehnt solche Regelungen ab.

Sollten die Verhandlungen scheitern, wäre das nicht nur ein schwerer Rückschlag für Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen), sondern auch für die deutsche Industrie und die Portemonnaies der Verbraucher. Habeck reiste im März nach Katar, um die LNG-Deals in trockene Tücher zu bringen. Katar ist der weltgrößte LNG-Exporteur neben den USA und spielt deshalb eine entscheidende Rolle beim Ersetzen von russischem Erdgas.

Eine Sprecherin des Ministeriums sagte gegenüber dem RND mit Verweis auf die beteiligten Firmen wie RWE:

"Aktuell laufen die Verhandlungen und Gespräche auf der Ebene der Unternehmen. Dort wird gesprochen und verhandelt, denn in der jetzigen Phase geht es um die privaten Vertragsverhandlungen."

Es bleibt also weiterhin spannend, wie die Bundesregierung die "Zeitenwende" auch bei der Energieversorgung realisieren will – und auch zu welchem Preis.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627bda0648fbef559e380ec8.jpg>

20:50 de.rt.com: **Militärische Sonderbündnisse von London mit Stockholm und Helsinki – parallel zu künftiger NATO-Mitgliedschaft der beiden nordeuropäischen Länder**

Wie die dpa meldet, hat der britische Premierminister Boris Johnson nach Schweden nun auch Finnland militärische Hilfe für den Fall eines Angriffs zugesagt. Bei einem Besuch in Helsinki unterzeichneten Johnson und der finnische Präsident Sauli Niinistö am Mittwochabend eine politische Erklärung, in der sich ihre beiden Länder gegenseitige Unterstützung versprechen und zu einem Ausbau der bestehenden militärischen Zusammenarbeit bekennen. Vor dem Hintergrund der russischen Militäroperation in der Ukraine hatte der britische Premier zuvor bereits in Schweden eine solche Erklärung mit der dortigen Regierungschefin Magdalena Andersson unterzeichnet.

Großbritannien werde Finnland im Falle einer Katastrophe oder eines Angriffs auch militärisch unterstützen, beteuerte Johnson auf einer Pressekonferenz im finnischen Präsidentenpalast. Dabei gehe es nicht um die kurzfristige Zeit, in der Finnland eine NATO-Mitgliedschaft erwäge, sondern um eine dauerhafte Zusicherung zwischen zwei Nationen. "Ich habe gelernt, dass man Freundschaften immer danach bemisst, wie sie sich bei schlechtem Wetter zeigen", sagte Niinistö und griff damit auf ein berühmtes Zitat von Winston Churchill zurück. Dieses beschreibe die derzeitige Situation in Europa sehr gut. Finnland und Großbritannien seien "gute Freunde und starke Sicherheitspartner".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627bfd3d48fbef55a809291a.jpg>

21:30 de.rt.com: **Scholz begrüßt Einladung Selenskijs zum G20-Gipfel**

Obwohl bisher kein Mitglied der G20-Staatengruppe, wurde die Ukraine jüngst zum nächsten Gipfel des informellen Zusammenschlusses eingeladen. Die dpa meldet, dass Bundeskanzler Olaf Scholz ebendiese Einladung des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij zum G20-Gipfel nach Indonesien begrüßt hat.

"Das ist ein ganz, ganz wichtiges Zeichen", sagte der SPD-Politiker am Mittwoch nach einem Gespräch mit dem argentinischen Präsidenten Alberto Fernández in Berlin. Das zeige, dass die Debatte über die Zukunft der Staatengruppe weltweit führender Wirtschaftsmächte nicht vom Ukraine-Krieg unberührt bleiben könne. Was das dann im Einzelnen bedeuten werde, müsse man in der G20 noch gemeinsam festlegen. "Da sind wir noch nicht", wird Scholz zitiert.

Argentinien und Deutschland gehören der G20 ebenso wie Russland an – die Ukraine jedoch nicht. Russlands Präsident Wladimir Putin hat seine Teilnahme an dem für November auf der indonesischen Insel Bali geplanten Gipfel nach Angaben der Gastgeber bereits zugesagt. Der Kreml hatte Ende April erklärt, man werde sich auf den Gipfel vorbereiten. Es sei aber noch zu früh, über "irgendwelche anderen Modalitäten unserer Teilnahme" zu reden.

Der indonesische Präsident hat auch Selenskij eingeladen. Die Gipfel-Vorbereitung wird allerdings vom Ukraine-Krieg überschattet. Ein Ausschluss Russlands scheint hinter den Kulissen thematisiert zu werden.

Einstweilen sprach sich Fernández jedoch dagegen aus, Russland wegen des Kriegs aus der Staatengruppe auszuschließen: "Aufgrund des Charakters der G20 ist das kein Thema, mit dem wir uns auseinandersetzen sollten", sagte der argentinische Staatschef. Allerdings müsse Russland belehrt werden:

"Es wäre gut, wenn das G20-Treffen ein Ort sein könnte, wo wir Russland klarmachen, dass die Welt unter der Entscheidung leidet, die es getroffen hat. Und wo Russland zuhören kann, nicht der NATO – der Welt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627bded1b480cc6c036996fa.jpg>

22:00 de.rt.com: **Russische Region Belgorod von ukrainischen Truppen beschossen – ein Toter**

Die russische Agentur RIA Nowosti [meldet](#) – wie etliche Telegram-Kanäle bereits zuvor – den Beschuss der russischen Region Belgorod durch ukrainische Truppen. Eine Person sei getötet und drei weitere verletzt worden, wie der Regionalchef Wjatscheslaw Gladkow mitteilte.

"Die schlimmste Situation in der ganzen Zeit des Beschusses. Bestätigten Informationen zufolge gibt es seit dieser Minute eine getötete Person, die in einem Krankenwagen verstorben ist, und drei Verwundete, denen alle notwendige Hilfe zuteil wird", schrieb er auf seinem Telegram-Kanal.

Zuvor war berichtet worden, dass das Dorf Solochi unter ukrainischen Beschuss geraten war. Ein Haus wurde dabei teilweise zerstört.

Seit Beginn der russischen Militäroperation werden die Grenzregionen regelmäßig von ukrainischem Gebiet aus beschossen. Aus diesem Grund haben die russischen Behörden in vielen Regionen eine erhöhte Terrorwarnstufe eingeführt.

Der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, erklärte am 15. April, dass Russland "die Anzahl und das Ausmaß der Raketenangriffe auf Ziele in Kiew" als Reaktion auf jegliche Angriffe oder Sabotageakte auf seinem Territorium erhöhen werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627c0dccb480cc70414bdc22.jpg>
g